

Verlagspreis: 21.366 - Geschäftsstelle 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, A. 16, Holbeinstr. 46

Sächsische Volkszeitung

Wegzugspreis: Vierteljährlich (frei Haus) 12.75 M., Halbjährlich 21.75 M., einjährlich 40.00 M. (einschließlich Postgebühren)
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen ausm. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitschriften 1.40 M., in Restanteile 2.50 M., Familienanzeigen 1.00 M. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Sprechstunde aufgenommene Anzeigen können die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Verhängnisvolle Politik!

In diesen Tagen fand in Dresden eine sogenannte grüne Woche statt, eine Tagung der sächsischen Landwirte. Sie stand unter der Führung des Bundes der Landwirte, es haben aber aus diesem Anlaß ziemlich alle landwirtschaftlichen Verbände einschließlich des Landes-Kulturrates Versammlungen abgehalten. Zum großen Teil waren es fachliche Fragen, die behandelt und besprochen wurden. Es ist durchaus erfreulich, wenn in unserer Zeit, wo der heimischen Landwirtschaft eine größere Bedeutung denn je zukommt, auch die Landwirte sich rühren und regen, sich fachliche Schulen und auch wirtschaftlich ihre Wünsche zum Ausdruck bringen. Das ist nicht nur eine Notwendigkeit, das ist in unserer Zeit mehr denn je Pflicht und Schuldigkeit. Wir wünschen, wir können und auf diese Feststellung beschränken, wir wünschen, daß wir es mit einer reiflichen Anerkennung der wirtschaftlichen Organisation und auch der sächsischen Landwirte sein Bewenden lassen könnten. Leider ist das aber nicht der Fall. Wir haben uns in letzter Zeit des öfteren dagegen wenden müssen, daß vor allem der Bund der Landwirte und sein Organ, die „Sächsische Bauernzeitung“, sich rein parteipolitisch betätigen und über die unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Aufgaben hinaus parteipolitische Zwecke verfolgen. Die verschiedenen Meinungen auf den Tagungen der Christlichen Volkspartei, des Zentrums, und die Menge der Zuschriften aus den Kreisen der christlichen Landwirte haben und bestätigen, daß man auch dort die parteipolitische Agitation in einer Organisation, die politisch unbedingt neutral sein mußte, äußerst unangenehm findet. Ja, wir können heute mitteilen, daß sogar über den Kreis unserer Parteifreunde hinaus aus anderen Parteilagern, so z. B. aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei, ein Echo ertönt wurde, wie man auch dort die parteipolitische Tätigkeit gewisser Kreise im Bund der Landwirte aufs schärfste verurteilt. Was allem ist ersichtlich, daß die christlichen Landwirte, die sich zur Christlichen Volkspartei, dem Zentrum, und darüber hinaus zu anderen Parteien bekennen, nicht gewillt sind, sich vom Bund der Landwirte auf die Dauer vor den Karren einer Partei, nämlich der Deutschnationalen Partei, spannen zu lassen. Es besteht vielmehr in diesen Kreisen der lebhafteste Wunsch, daß ähnlich wie die christlichen Gewerkschaften, auch die landwirtschaftlichen Organisationen in Sachsen nun endlich parteipolitisch eine neutrale Haltung einnehmen möchten.

Leider ist nun auch wieder auf der Woche der sächsischen Landwirtschaft der Versuch gemacht worden, diese Versammlungen zur höheren Ehre der Deutschnationalen Partei auszugestalten. Schon bei der Gründungsversammlung des Verbandes junger Landwirte ist das geschehen. Es ist bezeichnend, daß anscheinend zu all den Veranstaltungen, zu denen man zum großen Teil nur gegen Karten Zutritt hatte, lediglich die Abgeordneten der Deutschnationalen Partei eingeladen waren. Der Christlichen Volkspartei, dem Zentrum, ist jedenfalls trotz der Tatsache, daß viele landwirtschaftliche Kreise hinter unserer Partei stehen, eine Einladung nicht zugegangen. Wir sind der Ansicht, daß zu einer solchen Veranstaltung doch die gesamten bäuerlichen Parteien hätten eingeladen werden müssen, wie ja auch sonst wirtschaftliche und berufliche Verbände sich nicht nur an eine Partei wenden. Soweit die Begrüßungsansprachen in den Zeitungsberichten wiedergegeben worden sind, muß man darauf schließen, daß nur der Deutschnationalen Partei Einladungen zugegangen sind. Wir können uns natürlich nur auf die Zeitungsberichte stützen, und nicht feststellen, wie weit darüber hinaus im Sinne der Deutschnationalen Partei Agitation getrieben werden ist.

Als bei der Gründungsversammlung des Verbandes junger Landwirte für Mittel-, West- und Ostachsen hat nach dem Verichte der „Dresdner Nachrichten“ (Nr. 117 vom 10. März 1921) der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Domsch-Großhennersdorf eine Rede gehalten, und in flammenden ferndeutschen Worten der jungen Organisation eine Reihe von trefflichen Ratschlägen auf den Weg gegeben. Worin bestanden nun diese trefflichen Ratschläge? Auch darüber geben die „Dresdner Nachrichten“ Auskunft. Nach diesem Verichte hat der Abgeordnete Domsch erklärt: „Die landwirtschaftliche Jugend müsse sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zusammenschließen, und zwar an eine Partei, in der man deutsch denke und fühle, wo man national handle. Die Deutschnationale Volkspartei habe stets bewiesen, daß sie zu der Landwirtschaft stehe.“ Hier wird also sofort der Verband junger Landwirte für die Deutschnationale Partei in Anspruch genommen, und Herr Domsch erklärt, die jungen Landwirte hätten sich auch politisch zusammenschließen, und zwar an eine Partei, in der man deutsch denke und fühle, wo man national

handle. Als eine solche Partei hat er eben die Deutschnationale Partei empfohlen. Wir kennen diese Melodie und wir kennen diese Verdächtigung anderer Parteien, die man durch die Hervorhebung der Deutschnationalen Partei als der Partei, in der man deutsch denke und fühle, wo man national handle, sofort herabgesetzt. Dieses Vorgehen steht in seiner Art einzig da und ein solches Vorgehen ist eben nur bei der Deutschnationalen Partei möglich. Schon aus dieser Auslassung ergibt sich die Notwendigkeit, daß, wie wir oben angedeutet haben, die christlichen Landwirte, soweit sie z. B. in der Christlichen Volkspartei, dem Zentrum, zusammengeschlossen sind, dagegen Einspruch erheben und den Führern des Bundes der Landwirte zum Bewußtsein bringen, daß sie wohl wirtschaftlich sich organisieren wollten, aber unbedingt die Freiheit des politischen Handelns für sich in Anspruch nehmen müßten. Die Anhänger der Zentrumspartei wissen, daß auch die Christliche Volkspartei, das Zentrum, eine Partei ist, in der man deutsch denkt und fühlt, und wo man national handelt, sie wissen, daß das Zentrum sich in der praktischen Ausübung seiner Tätigkeit darin von niemand übertreffen läßt, am allerwenigsten aber von der Deutschnationalen Partei. Unbedingt notwendig ist es aber, daß an der Hand der Tatsachen unsere Freunde im Lande unermüdliche Aufklärungsarbeit leisten und den Nachweis erbringen, daß die Zentrumspartei auf Grund ihres Ausgleichsprogramms stets die Interessen der Landwirtschaft vertreten hat.

Zu der großen Versammlung des Bundes der Landwirte, die am Freitagabend im Circus Sarrasani in Dresden stattfand, sprach der frühere Reichstagsabgeordnete Freiherr von Wangenheim. Auch er hat es nicht unterlassen, gegen die Zentrumspartei zu polemisieren. Nach dem Verichte der „Dresdner Nachrichten“ (Nr. 121 vom Sonntagabend, den 12. März) hat er folgendes angemerkt:

„Das Zentrum treibt eine verhängnisvolle Politik, die keineswegs staatsverfehlend ist. Wenn das Zentrum sich nicht bekennt, dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß auch das katholische Bauerntum dieser Partei den Rücken feht.“

Wir sind nun also wieder glücklich so weit, daß ein deutschnationaler Redner in einer von etwa 5000 Personen besuchten Versammlung des Bundes der Landwirte es wagen darf, der Zentrumspartei den staatsverfehlenden Charakter abzusprechen. Es ist an dieser Stelle schon so oft die Politik der Zentrumspartei in den letzten Jahren besprochen worden, schon so oft der Nachweis hier erbracht worden, daß gerade die Politik der Zentrumspartei im höchsten Grade staatsverfehlend gewesen ist, so daß heute hier darauf eingegangen nicht zureichend kommen werden braucht. Nicht die Zentrumspartei hat eine verhängnisvolle Politik getrieben, sondern die Deutschnationale Partei hat das getan, und zwar dadurch, daß sie sich in all der Zeit seit dem Zusammenbruch abwärts gestellt und blinde Oppositionspolitik getrieben hat. Wir möchten einmal hier die Frage aufwerfen — und wollen uns heute auf diese ganz wenigen Punkte beschränken — wo denn die Deutschnationale Partei bei Herbeiführung der Reichsverfassung geblieben ist? Sie hat beim Schlußkompromiß versagt. Sie hat an der reichsrechtlichen Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat nicht mitgewirkt. Sie hat gegen die Verfassung gestimmt in der Nationalversammlung und hat es der Zentrumspartei überlassen, die gerade für die Landwirtschaft so wichtige Erhaltung des Privateigentums in der Reichsverfassung festzusetzen. Aber Herr von Wangenheim läßt sich, wenn er glaubt, daß die auf dem Boden der Christlichen Volkspartei stehenden Landwirte sich durch solche unrichtigen Behauptungen, solche Verdächtigungen werden irre machen lassen. Er täuscht sich, wenn er glaubt, daß auch das katholische Bauerntum dieser Partei den Rücken feht. Man muß nur den Mut bewandern, den ein Herr von Wangenheim besitzt, so etwas auszusprechen, und das besonders jetzt, nach den preussischen Wahlen, die den glänzendsten Gegenbeweis für diese Behauptung des Redners in der Versammlung des Bundes der Landwirte gebracht haben. Die Zahl der Zentrumstimmen ist in Preußen um fast 100 000 gestiegen, also um ein Doppelples der Stimmen, welche die beiden Reichsparteien zusammen zu verzeichnen haben. Und gerade durch das Steigen der Zentrumstimmen in den ländlichen Gegenden des Reichs hat der Reichstag gewonnen.

Wir wollen, wie schon angedeutet, heute des Weiteren auf die verhängnisvolle Politik der Deutschnationalen Partei nicht eingehen. Wir wollen nicht noch einmal all das wiederholen, was gerade die Deutschnationale Partei in letzter Zeit an konfessioneller Brunnenvergiftung, nicht zuletzt auch bei dem preussischen Wahlkampf in der Lausitz, sich geleistet hat. Wir wollen nur noch einen Satz aus der neuesten Zeit herausgreifen. Der deutschnationale

„Deutschen Tageszeitung“ vom 5. März lag ein Aufruf an die deutschen Landwirte bei, in der es heißt: „An der schwarzen, roten, goldenen Internationale ist unser Vaterland zugrunde gegangen. Mit Recht sagt dazu die „Kölnische Volkszeitung“, es müßten alle Katholiken „auf das Entschiedenste Einspruch erheben, daß man sie und dazu noch in gleicher Front mit der roten und goldenen Internationale als schwarze Internationale bezeichnet.“ Dieser Aufruf, der der „Deutschen Tageszeitung“ beilag, ist von zahlreichen Anhängern der Deutschnationalen Partei unterzeichnet. Diese Partei empfiehlt uns also unseren Landwirten in den wirtschaftlichen und beruflichen Organisationen der Landwirtschaft Sachsens. Das nennen wir eine verhängnisvolle Politik, deshalb verhängnisvoll, weil die Führer dieser beruflichen und wirtschaftlichen Organisationen diese Verbände dazu benutzen wollen, um parteipolitische Geschäfte zu machen. Daß das in einem Augenblicke geschieht, der zu den schwersten des deutschen Vaterlandes gehört, daß das nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen geschieht und geschehen konnte, macht dieses Vorgehen zu einem doppelt verhängnisvollen. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist hat.

Wierzig Jahre sozialer Arbeit

Zum 70. Geburtstag von Professor Franz Döbe

Am 16. März vollendet Professor Franz Döbe, der Altmeister der Sozialpolitik, sein 70. Lebensjahr. Ausleich werden es 40 Jahre, daß er mehr wie ein anderer bestimmend auf die katholisch-soziale Bewegung eingewirkt hat. Ein solches Lebenswerk verdient eine besondere Würdigung. Die soziale Aufgabe der Lebensarbeit des selbstlosen Mannes aber wirkt in der Herzen der deutschen Katholiken die herablassend dauerbare Heilung.

In Döbe vereint die Zentrumspartei den Pfadfinder und Meister der sozialen Gesetzgebung. Kein anderer Abgeordneter hat sich seit vierzig Jahren auf diesem Felde im Reichstage, nebenher im Preussischen Landtage, gleichen Ansehens bei allen Parteien und der Regierung erfreut. Nicht bloß wegen seiner Sachkenntnis seiner schärfsten Beobachtung, der klugen Beurteilung der Meinungen und Besten sondern noch mehr ob der Reinheit seiner Absichten und des unbeeinträchtigten sozialen Bewusstseins. Wo soziale Grände die gegensätzlichen Interessen und Vorurteile nicht zu überwinden vermochten, da besetzte diese in unerschöpflichen Fällen der Einnahme seiner persönlichen Ehrlichkeit. Alles in allem ist die hochherzige ehrenvolle Sozialpolitik des Zentrums nicht denkbar ohne Döbe.

Die soziale Reformarbeit des Zentrums in der Gesetzgebung hatte zur Voraussetzung eine voraussetzungsreiche soziale Bewegung unter den deutschen Katholiken. Nur von einer starken sozialen Welle im Lande getragen, konnte die Zentrumspartei die gewaltigen Widerstände überwinden und Erde der vier Jahre es zustande bringen, daß der Reichstag eine dauernde Mehrheit für die Fortführung der Sozialreform aufwies. Nur dadurch wurde es nach der Revolution möglich, von der Natur des Parlamentarismus den Weg zur Demokratie zurückzuführen. Daß aber frühzeitig genug die deutschen Katholiken von dem unmittelbaren Reformen zur Sozialreform den Weg zur praktischen sozialen Arbeit fanden, das verdankt man vornehmlich Franz Döbe. Er hat seit 1881 mit Franz Wendt „Arbeiterwohl“, den Verband katholischer Industrieller und Arbeitervereine, als die erste soziale Gesamtorganisation der deutschen Katholiken gegründet. Beide haben 1890 den größten katholischen sozialen Gesamtverein, den Volksverein für das kathol. Deutschland, die soziale Zweckbestimmung, vor allem das Erheben der sozialen Kleinarbeit gegeben. Vor 1890 war dann dem gewaltigen Einfluß Bischof von Reichen, Adolf Kolping, Kreisler von Schönerer-Mitt und anderen eine katholische soziale Bewegung vorhanden, wickeln die Katholikerversammlungen soziale Reden und Beschlüsse auf, das es ein oder andere Tausend Leser der „Christlich-sozialen Wäcker“. 1878 entstanden neben 10 Gesellschaften erst 52 Arbeitervereine, 21 Kaufmannvereine und 11 Lehrervereine. Die übrigen katholischen Vereine verfolgten noch nicht soziale Arbeit als besondere Aufgabe. Es gab neben den Gesellenvereinen keinen Verband und keine Verbandsgremiale für die übrigen Vereine, keine Verbandskassen, kein Verbandblatt, keine Zeitschriften, soziale Kurse, Konferenzen, Beratungsstellen für die Präsides, nur sporadische Anläufe von praktisch-sozialen Schriften, keine Interessenkurse. All das hat Döbe mit Hilfe von Arbeiterwohl, später vom Volksverein, planmäßig in die Wege geleitet, ihm dann in den von ihm angelegten großen Verbandsarrangements Halt und Lebenskraft gegeben. Heute haben alle katholischen Jugend- und Standesvereine ihrer Gesamtverbände; unter deren Zuhilfenahme sind 12 000 Vereine mit 1,5 Millionen Mitgliedern tätig.

Döbe war aber auch der schärfste Reformmeister der sozialen Arbeit. Wenn man von einer Arbeiter-Schule redet, so soll man auch nie vergessen, daß ihr Döbe das eigenartige und fruchtbarste Erbe der praktisch-sozialen Schulung gegeben hat. Ihre Wesen und das Neue lag darin, daß hier nicht ein dem Volke fremd bleibender Abstrakt von gelehrten Büchern vermittelt wird, sondern daß den irdischen Mannern und Frauen des Volkes das volkstümliche Verständnis der sozialen Entwicklung, der Mittel der sozialen Reformarbeit eröffnet wird in eine Schulung, welche sie sich erwerben, bevor sie selbst mächtig werden können, daß sie nun selbstständig arbeiten und ihre Standesgenossen wieder Schulen können. Nur fruchtbarere Selbstbetätigung in einer selbstständigen Volkshilfe